

A) Öffentlicher Teil	3
1. Mitteilung über eingegangene Anregungen und Beschwerden gem. § 24 Gemeindeordnung NRW	3 3
1.1 Entschärfung der Einmündung Rolfsacker in den Donnerbach Bezug: Schreiben Heinz Keppler vom 5.4.2011 Vorlage-Nr. 36/90 fu	3 3 3
2. Anträge und Anfragen zum Haushalt 2011/2012	3
3. Haushalt für die Haushaltsjahre 2011/2012	3
3.1 Beratung des Entwurfs Bezug: Rat 11.4.2011 Vorlage-Nr. 9/11	3 3 3
3.2 1. verwaltungsseitige Fortschreibung Vorlage-Nr. 9/11 g	10 10
3.3 Stellenplan Vorlage-Nr. 9/11 h	10 10
B) Nichtöffentlicher Teil	11
4. Haushalt für die Haushaltsjahre 2011/2012 hier: Erläuterungen zum Stellenplan Vorlage-Nr. 9/11 i	11 11 11
5. Einstellungen, Beförderungen, Höhergruppierungen u. Personalbewegungen ¹¹ Vorlage-Nr. 62/95 cm	11
6. Stundung und Niederschlagungen	11
6.1 Stundung Gewerbesteuer Vorlage-Nr. 14/11	11 11
6.2 Stundung Gewerbesteuer Vorlage-Nr. 15/11	11 11
6.3 Befristete Niederschlagung einer uneinbringlichen Forderung Vorlage-Nr. 16/11	11 11
7. Anfragen	11
7.1 Figuren-Theater	11

Bürgermeister Kreuzberg eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

A) Öffentlicher Teil

1. Mitteilung über eingegangene Anregungen und Beschwerden
gem. § 24 Gemeindeordnung NRW

1.1 Entschärfung der Einmündung Rolfsacker in den Donnerbach
Bezug: Schreiben Heinz Keppler vom 5.4.2011
Vorlage-Nr. 36/90 fu

Der Hauptausschuss nimmt zur Kenntnis, dass der Antrag an den Verkehrsausschuss weitergeleitet wurde.

2. Anträge und Anfragen zum Haushalt 2011/2012

Bürgermeister Kreuzberg schlägt vor, die Anträge und Anfragen jeweils im Rahmen der Beratung des Entwurfs des Haushaltsplanes an der passenden Stelle aufzurufen und mitzubehandeln.

Der Hauptausschuss erklärt sich damit einverstanden, dass die Anträge und Anfragen unter den T0-Pkt. 2.1 bis 2.4 unter Tagespunkt 3.1 behandelt werden.

- einstimmig -

3. Haushalt für die Haushaltsjahre 2011/2012

3.1 Beratung des Entwurfs
Bezug: Rat 11.4.2011
Vorlage-Nr. 9/11

Fraktionsvorsitzender Klug (CDU) führt grundsätzlich zur Systematik des Haushaltsentwurfes aus, dass man Mühe gehabt habe, die beiden gedruckten Bände und den zusätzlich noch per CD zur Verfügung gestellten dritten Band bei den Beratungen übereinander zu bringen. Hinsichtlich der Gestaltung des Haushaltsplanes müsse man sich für die Zukunft noch einmal Gedanken machen und auch überlegen, ob man nicht wesentliche Veränderungen besser herausstellen sollte.

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) bringt ebenfalls seine Unzufriedenheit mit der jetzigen Darstellung und Aufmachung des Haushaltsplanes zum Ausdruck. Es sei teilweise Detektivarbeit notwendig gewesen, um die Zusammenhänge zu erfassen, zumal sich die Erläuterungen häufig auf konkrete Sachkonten beziehen würden, die man allerdings in Band 1 nicht wieder finde. Er schlage daher vor, die Erläuterungen künftig wieder in den eigentlichen Haushaltsplan zu integrieren.

Stadtkämmerer Freytag nimmt grundsätzlich zur Methodik des Haushaltsplanes Stellung und gibt zu, dass diese Form der Darstellung auf übergeordneter Ebene für alle Neuland sei. Man könne hierüber gerne noch einmal sprechen.

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) bittet dringend darum, über die Gestaltung des Haushaltsplanes 2013 frühzeitig und in aller Ruhe Anfang des Jahres 2012 zu sprechen.

Bürgermeister Kreuzberg sagt weitere Veranlassung zu.

Im Folgenden einigt man sich nach kurzer Diskussion darauf, die Beratungen auf der Grundlage des Bandes 1 vorzunehmen und die einzelnen Produktgruppen aufzurufen.

Der Hauptausschuss berät anschließend den Entwurf der Gesamtpläne und der Teilergebnispläne der Haushaltssatzung 2011/2012. Die im Rahmen dieser Beratung gestellten Anträge sind als Anlage der Niederschrift beigefügt.

Darüber hinaus werden Fragen gestellt, die überwiegend unmittelbar in der Sitzung seitens der Verwaltung beantwortet werden. Auf eine Protokollierung der erledigten Fragen wird daher verzichtet.

Die noch offenen Fragen werden in dieser Niederschrift beantwortet.

Weitere, im Rahmen der Etatberatung geäußerte Anregungen und Vorschläge werden im Folgenden zusammengefasst wiedergegeben.

Im Rahmen der Beratung der Produktgruppe **11 01 „Politische Gremien, Verwaltungsführung, Personalrat, RPA“** nimmt **Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) Bezug auf die dem Haushaltsplan als Anlage beigefügte Übersicht auf den Seiten 311 bis 313 über die geldwerten Leistungen an die Fraktionen. Er hätte gerne gewusst, wie sich die Kosten errechneten, die in der Rubrik „Bereitstellung von Räumen“ genannt seien.

Beantwortung in der Niederschrift:

Zu den geldwerten Zuwendungen an die Fraktionen gehören u.a. die Bereitstellung von Räumen für die Fraktionsgeschäftsstelle inklusive anteilige Flächen von Toiletten bzw. Fluren sowie die Bereitstellung von Räumen dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen.

Für die Berechnung der Inanspruchnahme der Büroräume einschließlich anteiliger Toiletten- und Flurfläche werden die Kosten gem. KGSt-Gutachten 6/2005 wie folgt ermittelt:

Kalkulatorische Miete (174,00 € pro qm) und kalkulatorische Instandhaltung (20,00 € pro qm) = 194,00 € pro qm. Dieser Betrag wird mit der Fläche des jeweiligen Büroraumes einschließlich anteiliger Toiletten- und Flurflächen multipliziert, so dass man auf den unter Ziff. 3.1 genannten Betrag für eine kalkulatorische Miete und Instandhaltung kommt. Darüber hinaus werden die Kosten für Fraktionssitzungen in Sitzungszimmern wie folgt ermittelt:

Anhand der Zahl der jährlichen Fraktionssitzungen und deren Dauer sowie aufgrund der Größe des Sitzungszimmers werden durchschnittliche Nutzungsstunden ermittelt, die wiederum mit den Kosten der kalkulatorischen Miete sowie der kalkulatorischen Instandhaltung gem. KGSt-Gutachten multipliziert werden, so dass ein für alle Fraktionen gleicher Durchschnittsbetrag ermittelt wird.

Zu der Produktgruppe **11 09 „Finanzmanagement und Rechnungswesen“** wird seitens des **Fraktionsvorsitzenden Klug** (CDU) die Mitgliedschaft im Zweckverband der KDVZ in Frage gestellt. Die Frage nach dem Sinn dieses Zweckverbandes stelle sich auch im Hinblick auf die Tatsache, dass gem. Erläuterung eine neue Datev Software eingekauft werde.

Stadtkämmerer Freytag erläutert ausführlich Gründe und Zusammenhänge der Inanspruchnahme der Dienstleistung „Datev Kommunal Pro“.

Fraktionsvorsitzender Dr. Heermann (fw/bVb) nimmt in diesem Zusammenhang Bezug auf den Antrag seiner Fraktion vom 26.3.2011, Vorlage-Nr. 284/76 ad. Auch seine Fraktion stelle bekanntermaßen die Mitgliedschaft in der KDVZ in Frage. In diesem Zusammenhang habe man 3 Fragen gestellt, die in der Verwaltungsvorlage nicht abschließend beantwortet würden. So fehle z.B. eine Angabe der Kosten, die bei der Inanspruchnahme der jetzigen Dienstleistungen bei einem alternativen Anbieter entstehen würden. Diese Angaben seien jedoch notwendig, um eine

Entscheidung treffen zu können, ob man dem Zweckverband treu bleibe oder wechsele. Im Übrigen dränge die Zeit, da eine Kündigung nur noch bis zum 30. Juni möglich sei.

Auch **Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) bedauert die unzulänglichen Informationen, die als Entscheidungsgrundlage nicht herangezogen werden könnten. So werde z.B. ein Betrag von 2.000.000 € genannt, der hinsichtlich der zu übernehmenden Personalkosten bei einem Ausstieg anfiel. Es sei jedoch unklar, wie dieser Wert ermittelt worden sei.

Sowohl **Stadtkämmerer Freytag** als auch **Bürgermeister Kreuzberg** werben intensiv für das Festhalten an der KDVZ. Sie stellen nochmals die Vorteile heraus und machen deutlich, dass Kosten für Alternativlösungen kaum zu benennen sind, da es keine Einzellösungen gebe und daher ein Vergleich nicht möglich sei.

Bürgermeister Kreuzberg gibt abschließend zu bedenken, dass bisher noch keine Kommune gekündigt habe.

Hinweis in der Niederschrift:

Aus Sicht der Verwaltung sind in der Vorlage 284/76 ad alle Fragen hinreichend beantwortet worden.

Es wird daher nochmals betont, dass eine einfache Preisermittlung zur Abnahme von IT-Dienstleistungen nicht möglich ist, da Daten und Anwendungen miteinander verknüpft sind. Das bedeutet, dass das Produktfolio, welches die Stadt Brühl heute über die KDVZ bezieht, in gleicher Form von keinem anderen Dienstleister alleine angeboten wird.

Auch wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, dass sich alle Verwaltungen im Rhein-Erft-Kreis schon seit geraumer Zeit mit dem Thema befassen und intensiv zusammen arbeiten, da allen Beteiligten bewusst ist, dass eine einzelne Kommune alleine kaum Möglichkeiten hat, Einfluss auf Strategien und Entwicklungen zu nehmen. Es wurde daher in einer vorbildlichen Aktion einer interkommunalen Zusammenarbeit ein gemeinsames Vorgehen verabredet mit dem Ziel, den bestehenden Zweckverband KDVZ zukunftsfähig zu machen. Dieses Vorgehen hat der Hauptausschuss mit Beschluss vom 21.3.2011 eindeutig bekräftigt und den Bürgermeister beauftragt, an der Weiterentwicklung der KDVZ mit allen Mitgliedern im Verband über den 31.12.2012 hinaus mitzuwirken.

Falls dennoch an der Forderung festgehalten wird, bedarf es intensiver Verhandlungen unter Einbeziehung der KDVZ sowie unter Berücksichtigung der jeweiligen Leistungsmodalitäten wie z. B. Sicherheitsaspekten, Servicelevels, Support, Leistungsumfang, Funktionalität, technischer Basis, Anpassbarkeit und den mittelfristigen Weiterentwicklungsmöglichkeiten.

Die Erarbeitung einer solchen Gegenüberstellung unter Ermittlung und Darstellung aller Vor- und Nachteile bedarf eines Zeitraumes von mindestens einem halben Jahr. Die Erstellung einer solchen Übersicht bis zum Jahresende kann angeboten werden.

Allerdings ist zu berücksichtigen, dass dadurch Personal für ca. sechs Monate ausschließlich für diesen Zweck gebunden wird und zur Erfüllung anderer Aufgabenstellungen in der Verwaltung nicht mehr herangezogen werden kann.

Fraktionsvorsitzender Dr. Petran (SPD) bittet im Zusammenhang der Beratung der Produktgruppe **11 13 „Grundstücksmanagement“** die geplante Vermögensaktivierung im Bereich der Grundstücksverkäufe einmal im Vergabe- und Liegenschaftsausschuss darzustellen.

Ratsherr Gerharz (CDU) fragt zur Produktgruppe **12 07 „Verkehrsangelegenheiten“**, Sachkonto 448600 „Kostenerstattung der Stadtwerke für den Einsatz städtischer Politessen“, warum sich der Erstattungsbeitrag von 2010 nach 2011 reduziere.

Beantwortung in der Niederschrift:

Die Kontrollen finden weiterhin statt, aber die Kosten werden den Stadtwerken nicht mehr in Rechnung gestellt. Da es sich um Kosten der Parkraumbewirtschaftung handelt, würden diese der Stadt gem. Pachtvertrag mit 15 % Aufschlag von den Stadtwerken wieder in Rechnung gestellt, so dass die Stadt mehr ausgeben würde als sie einnimmt. Unter Sachkonto 448600 werden daher ab 2011 nur noch die Kostenerstattungen für den Politesseneinsatz bei Großveranstaltungen veranschlagt und verbucht.

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) fragt, ob schon einmal die Möglichkeit der Inanspruchnahme eines Postkonsolidierers geprüft worden sei.

Beantwortung in der Niederschrift:

Die Stadt Brühl hat mit der Deutschen Post einen sogenannten Teilleistungsvertrag abgeschlossen. Aufgrund dieses Vertrages erhält die Stadt Brühl bei den Standardbriefen den höchstmöglichen Rabatt von 26 %. Dieser Teilleistungsvertrag sieht vor, dass bei der Erbringung von gewissen Teilleistungen durch den Kunden, wie z.B. Sortierung, Lesbarkeit, Nummerierung etc. ein Preisnachlass in der angegebenen Höhe erfolgt. Ein Vergleich zwischen den monatlichen Gebührenerstattungen, die die Stadt Brühl aufgrund der Vorarbeit des Mitarbeiters in der Poststelle erhält und den Auszahlungsbeträgen, die ein Postkonsolidierer erstatten würde, hat ergeben, dass der Erstattungsbetrag, den die Stadt Brühl erhält, um 0,05 € über dem Erstattungsbetrag pro Sendung liegt, den PostCON zahlen würde. Unter Berücksichtigung zusätzlicher Ersparnisse durch die Inanspruchnahme von TNT lohnt sich die Inanspruchnahme eines Postkonsolidierers für die Stadt Brühl z.Z. nicht.

Fraktionsvorsitzender Klug (CDU) nimmt Bezug auf die Darstellung der Betriebskosten, insbesondere der Reinigungskosten in den Kindertagesstätten, Schulen und Sportstätten. Aufgrund der anschaulichen Darstellung seien massive „Ausreißer“ erkennbar. Er bitte zum einen, nochmals zu prüfen, wodurch die teilweise erheblichen Reinigungskosten zustande kämen. Falls dies an der noch bestehenden Eigenreinigung liege, müsse man sukzessive auf eine Fremdreinigung umstellen. Auch die Gebäude, die erheblich nach oben abweichende Energiekosten aufweisen würden, müssten Zug um Zug saniert werden. In diesem Zusammenhang bittet er zu prüfen, ob hinsichtlich der Heizungsanlagen ein Kontrakt mit den Stadtwerken möglich sei.

Hinweis in der Niederschrift:

Es wird nochmals darauf hingewiesen, dass die Darstellung von Energiekostenkennzahlen im Haushaltsentwurf 2011/12 ein erster Einstieg in eine Kennzahlendarstellung in diesem Bereich ist und weiter entwickelt werden muss. Es ist künftig geplant, in Abstimmung zwischen dem zuständigen Fachbereich und dem Gebäudemanagement zu einer aussagekräftigen und beratungsfähigen Darstellung zu kommen, größere Abweichungen zu erläutern und Maßnahmen zur Reduzierung von Betriebskosten vorzuschlagen.

Fraktionsvorsitzender Dr. Petran (SPD) verweist in diesem Zusammenhang auf die Anfrage seiner Fraktion vom 29.4.2011, Vorlage-Nr. 19/11, hinsichtlich der Reinigungskosten in Schulen.

Beigeordneter Schiffer teilt zu dieser Frage mit, dass der Aufwand für die Erstellung des Leistungsverzeichnisses für eine europaweite Ausschreibung unabhängig vom Angebotsverfahren gleich hoch sei und maximal 5.000,00 € betrage. Allerdings sei die Eigenreinigung grundsätzlich wesentlich teurer als die Fremdreinigung. Am Beispiel der Turnhalle Badorf erläutert er, dass die Stadt Brühl hier für eine Eigenreinigungskraft ca. 42.000,00 € im Jahr zahle. Für eine Fremdreinigung liege demgegenüber ein Angebot über ca. 19.000,00 € vor. Zudem entstünden weitere Kosten bei Urlaub oder Krankheit der Eigenreinigungskraft. So habe man für die Grundschule Vochem, die im Jahre 2010 komplett durch Eigenreinigungskräfte gereinigt worden

sei, über 11.500,00 € für Vertretungsreinigungen und Materialkosten verwendet. Diese Zusatzkosten fallen bei einer Fremdreinigung nicht an.

Fraktionsvorsitzender Dr. Petran (SPD) fragt in Anbetracht des deutlichen Unterschiedes zwischen den Fremdreinigungs- und Eigenreinigungskosten, wie hoch der Stundenlohn der bei den Fremdreinigungsfirmen eingesetzten Putzkräfte sei.

Beantwortung in der Niederschrift:

Der Stundenlohn, der von den Fremdreinigungsfirmen nach der stufenweise umgesetzten Tariflohnerhöhung des Gebäudereinigungshandwerks berechnet wird, beträgt 15,82 € pro Stunde. Davon werden ca. 8,50 € an die Beschäftigten weiter gegeben.

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) nimmt Bezug auf S. 58 der Erläuterungen. Dort werde berichtet, dass auf der Grundlage eines eigenen IT-Konzeptes für Brühler Schulen die Stadt Brühl seit dem Jahre 2000 regelmäßig einen Betrag für den Aufbau einer IT-Landschaft in Grundschulen bereitstelle. Er fragt, ob die diesbezüglichen Erwartungen sich erfüllt hätten oder ob die PC's eher in den Pausen zum Spielen genutzt würden. Er bittet, die Sinnhaftigkeit einmal im Schulausschuss zu erörtern.

Bürgermeister Kreuzberg sagt weitere Veranlassung zu.

Fraktionsvorsitzender Dr. Petran (SPD) verweist auf die eindrucksvollen Kennzahlen im Produktbereich **25 05 „Kunst- und Musikschule“**. Im Bereich der 3- bis 14jährigen Brühler Musikschüler werde ein Anstieg von 23 % auf 28 % prognostiziert. Er bittet, im KPTA einmal aufzuzeigen, wie dies verwirklicht werden solle.

Bürgermeister Kreuzberg verweist in diesem Zusammenhang auf die Auswirkungen von Jeki und sagt weitere Veranlassung zu.

Fraktionsvorsitzender Dr. Heermann (fw/bVb) fragt zur Produktgruppe **31 50 „Soziale Einrichtungen“**, wieso die Betriebskosten je qm bei den Aussiedler- und Flüchtlingsheimen in 2012 gegenüber 2011 so stark ansteigen.

Beantwortung in der Niederschrift:

Die Heime ´Am Volkspark´ und ´Burgstraße´ sind in 2012 nicht mehr enthalten.

Die Darstellungen 2011 der Kennzahlen für Gaskosten und damit einhergehend der Bekos gesamt sind insoweit fehlerhaft, als die qm BGF der Burgstraße berücksichtigt wurden, obwohl dort keine Gasheizung vorhanden ist, sondern mit Kohleöfen geheizt wird, für deren Kosten die Bewohner selbst aufkommen.

Die Gaskosten der in 2012 enthaltenen Heime in der Willy-Brandt-Straße sind höher als die Gaskosten im Haus Volkspark, da Flüssiggas bezogen wird und die Häuser bauartbedingt nicht so gut isoliert sind.

Hinsichtlich der Stromkosten verfügen die Häuser ´Am Volkspark´ und ´Burgstraße´ über separate Stromzähler je Wohneinheit, die auf die Bewohner selbst angemeldet sind. Bei der Stadt fallen nur die Kosten des Allgemeinstroms an. Die Häuser Willy-Brandt-Straße verfügen jeweils nur über einen Stromzähler, über den alle Verbräuche der Bewohner mit abgerechnet werden. Die Kosten fallen damit unmittelbar bei der Stadt an. Allerdings werden von den Bewohnern im Rahmen der Nutzungsgebühren Abschläge für Strom erhoben, so dass eine teilweise Refinanzierung erfolgt.

Wenn man die Kostenstelle der in 2012 allein noch zu betrachtenden Häuser in der Willy-Brandt-Straße (31500360) separat heranzieht, ist der Anstieg relativ gering und liegt lediglich in den von der Gebausie eingerechneten prognostizierten Kostensteigerungen begründet.

Bezug nehmend auf die Produktgruppe **36 01 „Förderung von Kindern in Tagesbetreuung“** und den hier enthaltenen Kostenansatz für den Neubau der Tageseinrichtung Haus für Kinder in Vochem regt **Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) an, einen Grundstückstausch zwischen Gebausie und Stadt Brühl vorzunehmen hinsichtlich der beiden Grundstücke Merseburger Straße und Hauptstraße 9. Auch vor dem Hintergrund der „Sozialen Stadt Brühl-Vochem“ sei es angemessen, die zentrale Funktion des Grundstückes Hauptstraße 9 zu erhalten.

Ratsfrau Niclasen (Grüne) nimmt Bezug auf S. 88 der Erläuterungen zum Produktbereich **51 01 „Räumliche Planung und Entwicklung“** und fragt, ob der dort genannte Ansatz in Höhe von 46.000,00 € für das Haushaltsjahr 2013 für einen Bolz- und Kinderspielplatz in Brühl-Vochem nicht überflüssig sei.

Beantwortung in der Niederschrift:

Mit dem Neubau des Familienzentrums entfällt der vorhandene Spielplatz, so dass ein neuer gebaut werden muss.

Ratsfrau Niclasen (Grüne) bittet um Erläuterung des Kostenansatzes für 2013 in Höhe von 250.000,00 € für den Ausbau eines Medienzentrums in Brühl-Vochem.

Beantwortung in der Niederschrift:

Als Bestandteil des Gesamtprojektes „Soziale Stadt Brühl Vochem“ ist im Rahmen des Familienzentrums die Errichtung eines Medienzentrums geplant. Die Planungen werden noch detailliert im zuständigen Ausschuss vorgestellt.

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) fragt, warum auf S. 90 der Erläuterungen für das Jahr 2012 Kosten in Höhe von 72.000,00 € angesetzt seien für eine Wegeverbindung zwischen Max Ernst Museum und Mayersweg.

Beantwortung in der Niederschrift:

Mit der Verbindung Max Ernst Museum – Mayersweg ist nicht der bereits gebaute Weg zur Bahnhofstraße gemeint sondern eine Verbindung in der Achse Gartenstraße direkt auf das Max Ernst Museum zu.

Fraktionsvorsitzender Klug (CDU) regt an, bis zum Jahresende in Kooperation mit den Stadtwerken zu prüfen, ob sich die Erstellung einer Strategie bzw. eines Energiekonzeptes zur Berücksichtigung von Klimaschutzmaßnahmen bei der Stadtentwicklung und Bauleitplanung in Brühl entwickeln lässt.

Zum Produktbereich **54 „Verkehrsflächen und Anlagen; ÖPNV“** fragt **Fraktionsvorsitzender Dr. Heermann** (fw/bVb), ob hier Mittel eingeplant seien zur notwendigen Verlegung des Kopfsteinpflasters in der Innenstadt.

Bürgermeister Kreuzberg erinnert daran, dass vereinbart worden sei, das Kopfsteinpflaster dort und dann zu verlegen, wenn ein Anlass bestehe.

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) regt im Rahmen der Beratung der Produktgruppe 54 „**Verkehrsflächen und Anlagen; ÖPNV**“ an, den absolut ausgelasteten Park & Ride-Parkplatz in Brühl-Vochem zu vergrößern. Seines Wissens werde in unmittelbarer Nähe ein HGK-Grundstück frei.

Bürgermeister Kreuzberg sagt Prüfung zu.

Ohne Vorankündigung erfolgt eine plötzliche Sitzungsunterbrechung durch ein Kamerteam des Senders ZDF Neo. Angeführt von dem Reporter Theo West wird dem Bürgermeister ein „Atompilz“ überreicht unter Bezugnahme auf seine Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen „Grünstrom“. Trotz des Hinweises des Bürgermeisters, dass er die Unterbrechung der Sitzung und die überfallartige Störung der Beratungen nicht akzeptiere, setzt die Gruppe ihr Vorhaben weiter fort ohne Rücksicht auf die Wahrung des Hausrechtes und des geordneten Sitzungsbetriebes. Die Überreichung des „Atompilzes“ wird gefilmt und die ganze „Show“ von Beifallsäußerungen der Begleiter untermalt. Die Gruppe verlässt nach dieser ca. fünfminütigen Unterbrechung den Sitzungsraum.

Die Sitzungsteilnehmer sind empört und überaus befremdet angesichts eines solchen Verhaltens. Die Vorgehensweise habe nichts mehr mit Pressefreiheit zu tun, sondern grenze eher an Gewalt und Nötigung.

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) regt dringend an, den Vorgang anwaltlich prüfen zu lassen. Es liege ein eindeutiger Verstoß gegen das Pressegesetz und eine Missachtung des Hausrechtes des Bürgermeisters vor.

Die Sitzung wird fortgesetzt.

Unter Bezugnahme auf die Frage des **Fraktionsvorsitzenden Dr. Petran** (SPD), aus welchem Grund ein so hoher Betrag von 600.000,00 € für die Erneuerung der Teerdecken auf dem Parkplatz an der Post notwendig sei, sagt **Stadtkämmerer Freytag** Prüfung zu.

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) regt an, auf dem Thüringer Platz in Brühl-Vochem „vernünftige“ Müllbehälter aufzustellen. Bisher seien dort lediglich zwei einfache Mülleimer aufgestellt.

Ratsherr Blanke (SPD) regt im Zusammenhang mit der Beratung der Produktgruppe **54 05** „**Straßenreinigung und Winterdienst**“ an, ein neues Konzept für den Winterdienst im Ausschuss für Lokale Agenda und Umwelt vorzustellen.

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Dahmen (CDU) bittet, den unter **56** „**Umweltschutz**“, Sachkonto 785200 „Ökokonto“ (Erläuterungen Seite 124) angesetzten Betrag in Höhe von 128.000 € zu nutzen für den Grüngürtel zwischen Phantasialand und Bebauung.

Im Folgenden wird seitens der **SPD-Fraktion** das Projekt „Rathaus B“ angesprochen. In diesem Zusammenhang wird gebeten, den Begriff „Service-Center“ nicht zu verwenden und das neue Dienstleistungszentrum stattdessen z.B. „Bürgerhaus“ zu nennen.

Bürgermeister Kreuzberg führt aus, dass man sich zunächst darauf verständigen müsse, ob man überhaupt neu baue oder ob man saniere und welche Dienststellen dort künftig untergebracht werden sollten. Insofern schlage er vor, im Rahmen der Verabschiedung des Haushaltes das Projekt nur grundsätzlich zu besprechen und alle Detailfragen anschließend in den Fachausschüssen zu behandeln.

Fraktionsvorsitzender Dr. Petran (SPD) bittet, die Sanierung des Brühler Bahnhofes im Ausschuss darzustellen.

Beigeordneter Schiffer sagt Vorlage im Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung zu.

3.2 1. verwaltungsseitige Fortschreibung
Vorlage-Nr. 9/11 g

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

3.3 Stellenplan
Vorlage-Nr. 9/11 h

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) erklärt, dass seine Fraktion noch internen Beratungsbedarf habe. Er bitte daher, den Stellenplan in der nächsten Hauptausschusssitzung zu besprechen.

Der Hauptausschuss vertagt die Vorlage Nr. 9/11 h.

- einstimmig -

Hauptausschuss 16.5.2011:

Anträge der Fraktionen zum Entwurf des Haushaltsplanes 2011/2012

Band 1, Seite....	Produkt- gruppe	Bezeichnung	Antrag- steller	Antrag	Bemerkungen	zugestimmt	abgelehnt
56	SK 524104	Stromkosten Gebäude (Gebausie)	GRÜNE	15.000 € Erhöhung des Ansatzes für Strom um 3 % mit der gleichzeitigen Verpflichtung, geprüften und nachhaltigen Ökostrom (z.B. OK-Label) ab 2012 zu beziehen	mittelfristige Amortisation durch Energiesenkungsmaßnahmen in der Gebäudewirtschaft		
113	11 01	Politische Gremien, Verwaltungsführung, Personalrat, RPA	FDP	80.000 € Prüfkosten für Jahresabschluss streichen, statt dessen halbe Prüfer-Stelle einrichten für Brühl und Wesseling zur eigenen Prüfung des Jahresabschlusses			
126	11 10	Organisationsangelegenheiten, TUIV	GRÜNE	15.000 € jährlich bis 2015: Verbesserung der IT-Sicherheit	Investitionen / Sachkosten Datensicherheit gem. GPA-Bericht		
126	11 10	Organisationsangelegenheiten, TUIV	fw/bVb (siehe Vorlage-Nr. 284/76 ad)	Darstellung der Kosten eines alternativen IT-Anbieters bei Inanspruchnahme der bisher bei der KDVZ bezogenen Dienstleistungen	siehe hierzu die Stellungnahme der Verwaltung: Niederschrift Seite 5		
155	21 01	Grundschulen	GRÜNE	15.000 € Erstellung eines pädagogischen Qualitätsgutachtens der Betreuung in den OGS-Schulen (Ist-Zustand) sowie daraus resultierende Zielvereinbarungen für die weitere qualitative Entwicklung	Deckung ggf. durch Landesförderung sowie durch Einsparung bei Zuschüssen an private Schulträger		
155	21 01	Grundschulen	GRÜNE	Erhöhung der Zuschüsse für die OGS-Trägervereine zur Verbesserung der OGS-Qualität um die Höhe der zusätzlichen Landesmittel (115 € pro OGS-Kind, 230 € pro GU-Kind), die seit dem 1.2.2011 fließen	Der sich aus dem gleich bleibenden Anteil der Stadt zwangsläufig ergebende Anstieg der Zuschüsse an die Trägervereine soll genutzt werden, um eine qualitative Verbesserung der Arbeit bei den Trägervereinen einzufordern		

155	21 01	Grundschulen	GRÜNE	Einstellung von Geldern für die Umsetzung von Maßnahmen zur baulichen und sächlichen Ausstattung der Brühler Schulen im Rahmen der Inklusion ab 2012	Trotz möglicher Landeszuschüsse sind voraussichtlich investive Mittel in diesem Bereich notwendig.		
164	21 02	Weiterführende Schulen	GRÜNE				
172	21 04	Zentrale Leistungen Schüler und Beteiligte	GRÜNE	7.670 € Zuschuss an erzbischöfliche Schulen streichen			
223	36 03	Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	GRÜNE	10.000 € Zuschuss für die kath. Ehe- und Familienberatungsstelle			
223	36 03	Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	GRÜNE	5.000 € Unterstützung bei der Durchführung von Projekten der mobilen Jugendarbeit in den Sommermonaten			
236	51 01	Räumliche Planung und Entwicklung	GRÜNE	25.000 € Erstellung einer Wohnraumbedarfsanalyse			
236	51 01	Räumliche Planung und Entwicklung	SPD	Planungskosten Ausbau Janshof (ca. 50.000 €) vorziehen auf 2012	siehe Seite 90 / Band 2 „Erläuterungen“		
236	51 01	Räumliche Planung und Entwicklung	CDU	5.000 € Erstellung einer Strategie bzw. eines Energiekonzeptes zur Berücksichtigung von Klimaschutzmaßnahmen bei der Stadtentwicklung und Bauleitplanung in Brühl			
260	54 01	öffentliche Verkehrsflächen	GRÜNE	10.000 € Überplanung der Kreuzung L183/L 194 incl. neuem Ampelprogramm und/oder Kreisverkehr			
260	54 01	öffentliche Verkehrsflächen	SPD (siehe Vorlage-Nr. 72/94 b)	50.000 € Fertigstellung Verkehrsinsel Otto-Wels-Straße/Gesamtschule	Die Maßnahme ist unverzüglich auszuführen und mit dem REK über eine Kostenteilung zu verhandeln.		
260	54 01	öffentliche Verkehrsflächen	GRÜNE fw/bVb	Beleuchtung Willy-Brandt-Straße	Kosten: ca. 14.000 €		
260	54 01	öffentliche Verkehrsflächen	GRÜNE	15.000 €: Ausleuchtung DB-Unterführung Renault-Nissan-Straße			

260	54 01	öffentliche Verkehrsflächen	CDU	5.000 € Verbesserung Verkehrssituation Talstraße			
260	54 01	öffentliche Verkehrsflächen	CDU	7.500 € Gehweg östlich der Straße „Am Kreuz“, Vochem, im Rahmen Anlegung Parkplatz mit ausbauen			
264	54 03	Verkehrliche Planung	GRÜNE	50.000 €: Umsetzung Lärminderungsplan	Zusatzinvestition ab 2012 p.a.		
264	54 03	Verkehrliche Planung	GRÜNE	je 25.000 € in 2011 und 2012: Umsetzung Fahrradmaßnahmenkatalog	Deckung aus Stellplatzablöse		
264	54 03	Verkehrliche Planung	GRÜNE	10.000 € Aktualisierung Verkehrsprog- nose Innenstadt auf Basis aktueller Verkehre im Zu- sammenhang mit Giesler- Galerie sowie Fortschreibung des daraus resultierenden Maßnahmenplans			
266	54 04	ÖPNV	GRÜNE	Anbindung Schwadorf an Stadtbus	Finanzierung aus Reduzierung Gewinnausschüttung Stadtwerke		
266	54 04	ÖPNV	GRÜNE	Anbindung Bahnhof Kierberg und BTV-Sportzentrum an Stadtbus			
266	54 04	ÖPNV	CDU	Mittel ansetzen für die Herrichtung des P&R-Parkplatzes an der Haltestelle Schwadorf	Kosten für 20 – 25 Stellplätze: unbefestigt: ca. 25.000 € befestigt: ca. 40.000 € (Grundstücksverhandlungen erfor- derlich!) Die HGK als ‚Schienenträger‘ in diesem Abschnitt ist zuständig für eine entsprechende Planung. Über den NVR (Nahverkehr Rheinland) wird die Anlage von P+R- Parkplät- zen gefördert, sodass in Abstim- mung mit der HGK eine Ausbau- planung erstellt und ein Einpla- nungsantrag beim NVR gestellt werden müsste.		